



## Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Orbansaal		Sitzung-Nr.: KBA/04/2022
Sitzungsdatum: Donnerstag, 13.10.2022	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:07 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	Vertretung für Stadtrat Achhammer
Frau Stadträtin Brigitte Mader	online
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	online
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Johann Achhammer	

**Tagesordnung:**

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen - mündlicher Bericht von Herrn Engert -	3
2 . Aktueller Sachstand MKKD - mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann -	4
3 . Sanierung und Erweiterung der bestehenden Filialschule Hundszell in der Kirchstraße in Ingolstadt Hundszell - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0764/22	7
4 . Erweiterungsbau für die Christoph-Kolumbus-Grundschule an der Ungernederstraße - 1. ergänzende Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0755/22	9
5 . Mittelschule Nord-Ost; Grundsatzbeschluss zur Verortung auf dem ehemaligen Rosner-Areal an der Schölnhammerstraße 25 (Referenten: Frau Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert, Herr Hoffmann, Herr Fleckinger) Vorlage: V0785/22	10
6 . Schulentwicklung und Auslegungsvarianten Gymnasien und Realschulen (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0751/22	12
7 . Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.05.2022 Vorlage: V0403/22	18
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referenten: Herr Engert, Herr Kuch) Vorlage: V0736/22	20
8 . Ankauf des Werks Sägearbeit #7 des Künstlers Jan Schmidt gefertigt aus dem Holz der "Museumsbuche" (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0740/22	24

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

### **Öffentliche Sitzung**

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass man aus terminlichen Gründen die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 der öffentlichen Sitzung vorgezogen nach dem Sachstandsbericht zum MKKD behandeln müsse. Die Reihenfolge der weiteren Tagesordnungspunkte würde sich dann dementsprechend ändern.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

### **Öffentliche Sitzung**

#### **Kenntnisnahme**

#### **1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen - mündlicher Bericht von Herrn Engert -**

Herr Engert erklärt, dass man zu diesem Tagesordnungspunkt an den Tischreihen der Ausschussmitglieder Tüten zur Mitnahme ausgelegt habe. In diesen Tüten befänden sich alle wesentlichen Informationen zum aktuellen Kulturgesehen mit entsprechenden Prospekten zu den verschiedensten Veranstaltungen. Herr Engert möchte noch auf zwei Punkte gesondert hinweisen. Zum einen sei in der Tüte auch der Jahresbericht der städtischen Museen für das Jahr 2021 enthalten. Diesem könne man entnehmen, dass trotz der Corona-Pandemie sehr viele Aktivitäten in den Museen stattgefunden haben. Zum anderen habe man auch das Jahresprogramm des Georgischen Kammerorchester beigelegt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

## **Kenntnisnahme**

### **2 .        Aktueller Sachstand MKKD - mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann -**

Herr Hoffmann geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Status der Baustelle, der Kosten sowie der Termine ein. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei. Zum Status der Baustelle berichtet Herr Hoffmann, dass die Betonarbeiten an der Bodenplatte weitestgehend abgeschlossen seien. Aktuell betoniere man nur noch die Bodenplatte in der westlichen Ausstellungstasche. Des Weiteren werde die Halle nun schrittweise auf ihre zukünftigen Fundamente ab gelastet, so wie es bereits an der Südseite des Gebäudes der Fall sei. Unterdessen entstehen aktuell an der östlichen Giebelwand die Räumlichkeiten für die Gebäudetechnik. An der Nordseite könne man schon die neu betonierten Ergänzungen und Verlängerungen unter den alten Fundamenten der alten Gießereihalle erkennen, die bis auf die Bodenplatte hinunter reichen. Dort seien auch schon die Großbohrpfähle abgeschnitten worden. Der darunter befindliche Teil der Bohrpfähle verbleibe im Untergrund. Die Großbohrpfähle werden zusammen mit den erweiterten Stützen zwischen den Bögen der alten Gießereihalle das neue Fundament bilden. Des Weiteren schreiten auch im Außenbereich die Arbeiten voran, so Herr Hoffmann. Beim jetzigen Baufortschritt lasse sich indes auch schon gut der endgültige Zustand im Inneren der Halle nach Abschluss der Arbeiten erkennen. Die Quintessenz dieses kurzen Überblicks sei, dass die Baustelle aktuell gut laufe. Beim Status der Kosten geht Herr Hoffmann insbesondere auf die drei Kostenblöcke ein, aus denen sich die Mehrkosten zusammensetzen. Zum Kostenblock 1 erklärt Herr Hoffmann, dass in der Regel bereits am Anfang einer Baumaßnahme große Schlüsselgewerke ausgeschrieben werden, um so Kostensicherheit zu bekommen. So sei man auch beim MKKD-Neubau vorgegangen und hat zu einem bestimmten Zeitpunkt X bestimmte Gewerke ausgeschrieben. Jedoch sei durch die aufgetretenen Verzögerungen, wie zum Beispiel durch die Archäologie, die Vertragsgrundlage in Bezug auf die Vertragstermine weggefallen. Aufgrund dessen haben die beauftragten Firmen die Forderung auch nach einer Preisnachverhandlung geäußert, da auch die Kosten der Firmen gestiegen seien. Dieser Forderung sei man dann im Endeffekt nach Genehmigung durch den Stadtrat auch nachgekommen, so Herr Hoffmann. Bei diesen Nachverhandlungen sei mit den Firmen vereinbart worden, dass sie sich weiterhin grundsätzlich an ihr Angebot gebunden halten und sie dafür aber zusätzlich bis zum Beginn der Ausführung gem. Baupreisdex einen Ausgleich für die gestiegenen Kosten erhalten. Dies entspreche am Ende einer prognostizierten Kostensteigerung von 2,28 Millionen Euro. Hätte man hingegen bis zum jetzigen Zeitpunkt gewartet und erst heute neu ausgeschrieben, wäre

die Kostensteigerung wahrscheinlich deutlich höher ausgefallen. Zum Kostenblock 2 führt Herr Hoffmann aus, dass es sich dabei um noch nicht submittierte Leistungen handle, die man bewusst nicht mehr im Sommer ausgeschreiben habe, da in diesem Zeitraum die Preise drastisch angestiegen seien. Aus diesem Grund habe man versucht, die Ausschreibungen zu diesen Leistungen noch so weit zu schieben, bis sich die Preise wieder etwas beruhigen. Dies sei aktuell der Fall, da der Baupreisindex im dritten Quartal „nur“ um 2,8 Prozent gestiegen sei und sich damit die Kurve des Preisanstieges etwas verflacht habe. In Anbetracht des Baufortschritts werde man nun aber die meisten Gewerke noch im November 2022 ausschreiben und die Preise nehmen, die man aktuell bekomme. Hierbei belaufe sich die Prognose auf 690.000 Euro. Beim Kostenblock 3 handle es sich um die über den Sommer erzielten Submissionsergebnisse mit insgesamt 800.000 Euro Steigerungen in Bezug auf das geplante Budget, erklärt Herr Hoffmann.

Davon seien in der Prognose vom Mai 2022 jedoch bereits 670.000 Euro berücksichtigt worden. Insofern fallen in diesem Kostenblock Mehrkosten in Höhe von 130.000 Euro an. Alle drei Kostenblöcke zusammengefasst, ergeben die weiteren Mehrkosten von 3,1 Millionen Euro. Herr Hoffmann kommt nun auf die Glasfassade des Eingangsbereiches zuspochen, bei der die ersten beiden Ausschreibungen zu keinem Ergebnis führten, da keine Angebote eingegangen seien. Von einer dritten Ausschreibung habe man abgesehen und stattdessen die Angebotsfristen verlängert. Dieser Zeitraum sei dazu genutzt worden, um mit möglichen Firmen ins Gespräch zu kommen, soweit dies das Vergaberecht zulasse. Die Klärung von offenen Fragen bezüglich des Auftrags habe anschließend dazu geführt, dass im September doch noch zwei Angebote für die Glasfassade eingegangen seien. Zum Status der Termine berichtet Herr Hoffmann, dass sich im Wesentlichen zwei Punkte negativ auf die Terminplanung ausgewirkt haben. Zum einen gestalte sich die Lastenumlagerung im Bereich der Großbohrpfähle auf der Nordseite beziehungsweise auch zum Ostteil hin schwierig. Deshalb sei auch mehrfach in der Woche der Statiker vor Ort, damit man jetzt nicht noch Risse in die Hallenkonstruktion bekomme. Zum anderen habe man das Abdichtungssystem ändern müssen, da von der beauftragten Firma das eigentlich vorhergesehene Bitumen für die bituminöse Abdichtung nicht beschaffbar gewesen sei. Man habe deshalb die Bitumenabdichtung durch eine Frischbetonverbundfolienabdichtung ersetzt. Dabei handle es sich zwar um das bessere System, da es längerfristig dichthalte, allerdings sei es dafür schwieriger einzubauen und müsse viel mehr gemonitort werden. Bisher habe man mit einer Fertigstellung bis zum Oktober

2023 gerechnet, erklärt Herr Hoffmann. In Anbetracht der vorher genannten Verzögerungen plane man aktuell die Aufnahme des Probebetriebes ab Januar 2024, bei dem parallel auch die Museumsaufbauten vorgenommen werden können. Die endgültige Übergabe an den späteren Nutzer könnte dann Ende Januar 2024 erfolgen, so Herr Hoffmann. Das bedeute, dass die Eröffnung des Museums Mitte des Jahres 2024 stattfinden könnte.

Einerseits handle es sich bei der Kostensteigerung um eine Menge an Geld, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mit. Andererseits sei es angesichts der derzeitigen globalen Situation auch nicht wirklich überraschend, dass es zu diesen Mehrkosten komme. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte dazu in Erfahrung bringen, ob nach dieser Kostensteigerung mit noch weiteren, gegebenenfalls auch mit teureren Mehrkosten zu rechnen sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass man im Durchschnitt auf die noch auszuschreibenden Gewerke bereits den Baupreisindex dazu gerechnet habe. Bei diesem veranschlagten Baupreisindex handle es sich allerdings um eine Prognose, bei der man aufgrund des aktuellen Marktverhaltens eine bestimmte Preisentwicklung erwarte. Theoretisch könne es auch der Fall sein, dass die Ausschreibung eines Gewerkes einen günstigeren Preis erziele, da die Firma nicht den vollen Baupreisindex benötige. Beim MKKD konnte man dies beispielsweise beim Trockenbau erreichen, den man günstiger als erwartet abgeschlossen habe. Diese Fälle seien allerdings derzeit eher die Ausnahme, so Herr Hoffmann. Zumal der Baupreisindex lediglich einen Mittelwert widerspiegele. Das bedeute, dass es Gewerke gebe, die teurer ausfallen als andere. Es bestehe jedoch die Hoffnung, dass man beim MKKD nun in einen sicheren Bereich hineinkomme. Herr Hoffmann erwähnt dazu, dass man bautechnisch nun aus dem Schlimmsten heraus sei. Das Gebäude stehe, es sei fundamentiert und werde lastmäßig aktuell „umgelagert“. Somit habe man den Rohbau demnächst abgeschlossen. Danach folgen nur noch die üblichen Gewerke wie der Trockenbau oder der gebäudetechnische Ausbau. Zur technischen Gebäudeausrüstung erklärt Herr Hoffmann, dass diese im vorhin genannten Kostenblock 1 enthalten sei. Somit bekomme die ausführende Firma auf ihr bisheriges Angebot den zum Beginn der Arbeiten bestehenden Baupreisindex angerechnet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Ansicht, dass man in Anbetracht der nun anfallenden Mehrkosten wahrscheinlich in absehbarer Zeit eine ergänzende Projektgenehmigung benötige.

Da es sich bei den vorgestellten Mehrkosten derzeit um eine Prognose handle, habe die Verwaltung noch keine ergänzende Projektgenehmigung vorgelegt, erläutert Herr Hoffmann. Nichtsdestotrotz sei das Hochbauamt bereits in Teilen in der Erstellung einer ergänzenden Projektgenehmigung, da die prognostizierten 7 Millionen Euro an Mehrkosten den zusätzlich genehmigten Kostenrahmen von 10 Prozent übersteigen. Eine entsprechende Beschlussvorlage mit den im Detail aufgeführten Mehrkosten werde wahrscheinlich im ersten oder zweiten Sitzungslauf des nächsten Jahres vorgelegt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung nehmen den Sachstandsbericht zum MKKD zur Kenntnis.

#### **Beratend**

- 3 . Sanierung und Erweiterung der bestehenden Filialschule Hundszell in der Kirchstraße in Ingolstadt Hundszell  
- Projektgenehmigung  
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert)  
Vorlage: V0764/22**

#### Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung wird für die Sanierung und Erweiterung der Filialschule Hundszell auf 4 Klassen die Projektgenehmigung erteilt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 8,737 Millionen Euro für die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Filialschule Hundszell werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 1.211000.940189 GS Hainwöhr/Hundszell: Sanierung und Erweiterung bereitgestellt.
3. Die Durchführung eines VgV-Verfahrens und die Freigabe der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Herr Hoffmann führt aus, dass man bei den nun deutlich höher ausfallenden Gesamtkosten von 8,737 Millionen Euro alle derzeit auf dem Baumarkt erkennbaren Risiken eingepreist habe. Mit dieser neuen Summe versuche man, die erwartbaren sowie die bereits aufgetretenen Kostensteigerungen abzudecken. Als nächsten Schritt werde man zu dem vorliegenden Bauvorhaben ein Ausschreibungspaket in Höhe von rund 60 Prozent erstellen, teilt Herr Hoffmann mit. So könne man bereits einen Großteil

der Baumaßnahme ausschreiben und im Sinne der Kostensicherheit überprüfen, ob sich die aktuell kalkulierten Preise auf dem Markt erzielen lassen.

Zudem handle es sich bei der Filialschule in Hundszell um ein viel kleineres und bautechnisch einfacheres Schulbauprojekt, weshalb man mit dem genannten Ausschreibungspaket relativ zügig in die Umsetzung gehen könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass sowohl der Sportunterricht als auch die Mittagsverpflegung sowie der kooperative Ganztagsunterricht nur in der Stammschule in Haunwöhr stattfinden können. Insofern müsse man die Kinder von der Filialschule Hundszell nach Haunwöhr transportieren. Aus diesem Grund möchte Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll in Erfahrung bringen, ob es bereits Überlegungen für einen möglichst schonenden Transport zur Stammschule gäbe.

Herr Engert erklärt, dass die Schulkinder aus Hundszell, wie von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bereits richtig erwähnt, nach Schulschluss zum kooperativen Ganztagsunterricht beziehungsweise zum Mittagessen zur Stammschule nach Haunwöhr müssen. Dies gelte im Übrigen auch für den Sportunterricht, da es in Hundszell keine Sporthalle gäbe. Deshalb werden die Schulkinder wie bisher auch nach Haunwöhr gefahren. Herr Engert versichert, dass man den Transport zur Grundschule Haunwöhr so schonend wie möglich durchführen werde.

Stadträtin Leininger teilt mit, dass sie in der vorliegenden Planung eine Regenwasserzisterne zur Bewässerung der neuen Grünanlagen vermisse. Sie werde diese Forderung auch bei jedem weiteren Schulbauprojekt solange stellen, bis die Verwaltung von Anfang an Regenwasserzisternen einplane.

Ob bei diesem Schulbauprojekt bereits eine Regenwasserzisterne eingeplant sei, könne Herr Schächtl vom Hochbauamt besser beantworten, teilt Herr Hoffmann mit. Ungeachtet dessen sei es allerdings kein Problem, eine solche Zisterne bei diesem Schulbauprojekt anzulegen, da man ohnehin das Regenwasser auf dem Gelände versickern lassen möchte. Zumal man nach der Ansicht von Herrn Hoffmann für eine Regenwasserzisterne mit einem Überlauf in die bereits vorgesehene Rigole nicht einmal die Kosten ändern müsste.

Herr Schächtl teilt mit, dass auch er zum jetzigen Zeitpunkt keine konkrete Aussage darüber treffen könne, ob bereits eine Regenwasserzisterne eingeplant sei. Er sichert

allerdings eine Prüfung mit anschließender Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zu.

Stadtrat Reibenspieß schildert, dass laut der Beschlussvorlage die Planungen mit der Inklusionsbeauftragten abgestimmt worden seien. Hierzu möchte er wissen, ob man über diese Abstimmung noch etwas Näheres erfahren könne beziehungsweise wie die konkrete Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen aussehe.

Herr Schächtl führt aus, dass man, wie von Stadtrat Reibenspieß richtig beschrieben worden sei, die Planungen mit der Inklusionsbeauftragten der Stadt Ingolstadt abgestimmt habe. Die im Zusammenhang mit dieser Abstimmung getroffenen baulichen Maßnahmen lassen sich allerdings nicht aus der vorliegenden Beschlussvorlage ablesen. Hierüber könne die Verwaltung aber noch einmal gesondert informieren, so Herr Schächtl.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

#### **Beratend**

- 4 . Erweiterungsbau für die Christoph-Kolumbus-Grundschule an der Ungernederstraße  
- 1. ergänzende Projektgenehmigung  
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert)  
Vorlage: V0755/22**

Antrag:

1. Für den Erweiterungsneubau wird eine 1. ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
2. Die bisher genehmigten Kosten von 12.600.000 € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 1.655.000 € ergänzt und genehmigt.  
Die Gesamtkosten betragen damit 14.255.000 €.
3. Die benötigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 1,655 Mio. € sind in der Finanzplanung 2023 auf der Haushaltsstelle 211000.940110 Christoph-Kolumbus-Grundschule eingeplant.

Herr Hoffmann führt aus, dass man beim Erweiterungsbau für die Christoph-Kolumbus-Grundschule im Vergleich zur Schule in Hundszell schon deutlich weiter sei. So konnten sich die Stadträte bereits bei der letzten Baustellenfahrt

einen Einblick in dieses Schulbauprojekt verschaffen. Herr Hoffmann erklärt, dass sich die nun zur Genehmigung anstehenden Kostensteigerungen aus zwei Blöcken zusammensetzen. Der erste Block bestünde dabei aus rund 950.000 Euro, bei denen es sich um Kostenmehrungen aus Vergabeverfahren handle. Dies bedeutet, dass sich die ursprüngliche Kostenberechnung nicht auf dem aktuellen Markt realisieren ließe. Der zweite Block enthalte vor allem kleinere sowie größere Maßnahmen, die nun ergänzend angefallen seien. Hier nennt Herr Hoffmann als Beispiel die aus Gründen der Grundwasserhaltung erforderliche Verlegung einer Teichanlage. Aber auch eine notwendig gewordene Bühnenausstattung schlage zu Buche, da die Christoph-Kolumbus-Grundschule zwischenzeitlich eine Kooperation mit dem Stadttheater eingegangen sei. Die zusätzlich angefallenen Arbeiten und ihre Kosten konnte man bei der ursprünglichen Planung noch nicht absehen, erläutert Herr Hoffmann. Rückblickend betrachtet habe man an manchen Stellen vielleicht zu schnell zugestimmt, ohne zu wissen, wie sich die Gesamtsituation mit den Preisen entwickle.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**Beratend**

- 5 . **Mittelschule Nord-Ost;  
Grundsatzbeschluss zur Verortung auf dem ehemaligen Rosner-Areal an der  
Schölnhammerstraße 25  
(Referenten: Frau Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert, Herr Hoffmann, Herr Fleckinger)  
Vorlage: V0785/22**

Antrag:

1. Der Verortung der neuen Mittelschule Nord-Ost auf dem ehemaligen Rosner-Areal an der Schölnhammerstraße 25 (Flurnummern 3510/8 und 3510/64 Gemarkung Ingolstadt) wird zugestimmt.
2. Mit der geplanten Ansiedelung des FC Grünweiß Ingolstadt e.V. am neuen Mittelschulstandort Nord-Ost besteht Einverständnis.
3. Die Verwaltung wird mit den Vertragsverhandlungen und der Vertragsvorbereitung (Beauftragung Wertgutachten Grundstück FC Grünweiß Ingolstadt e.V. an der Hindemithstraße, Vorvertrag für Rosner-Areal) beauftragt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll berichtet, dass man bei der Verortung der Mittelschule Nordost in Richtung des Rosner-Areals gehe. Zugleich versuche man eine

Möglichkeit zu finden, dort auch den FC Grünweiß unterbringen zu können. Momentan befinde man sich allerdings noch in einem relativ frühen Stadium, da man zuerst noch bei den Vertragsverhandlungen weiterkommen müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll habe jedoch bereits zu diesen Überlegungen ein positives Signal sowohl von der Audi AG als auch vom FC Grünweiß erhalten. Die Einzelheiten müssten allerdings, wie bereits erwähnt, noch ausgehandelt werden.

Herr Engert teilt mit, dass die wesentlichen Punkte bereits von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll genannt worden seien. Sollten Detailinformationen zu den Vertragsverhandlungen zwischen der Stadt Ingolstadt und der Audi AG gewünscht seien, könne hierüber sicherlich das Liegenschaftsamt informieren. Herr Engert möchte zu den bereits geäußerten Eckpunkten noch ergänzen, dass es grundsätzlich möglich sei, sowohl die Mittelschule Nordost als auch die entsprechende Sportanlage auf dem Rosner-Areal unterzubringen. Zusätzlich prüfe man, ob sich nicht auch noch eine Realschule auf diesem Gelände verorten lasse.

Sollte es der Stadtverwaltung allerdings nicht gelingen, gewisse Arrondierungen am Gelände vorzunehmen, könnte sich dies als sehr schwierig erweisen. Ideal wäre es natürlich, wenn es gelingen würde, beide Schulen an diesem Standort unterzubringen, da man so von vielen verschiedenen Synergieeffekten wie beispielsweise der Busanbindung oder der gemeinsamen Nutzung der Sportanlage profitieren könnte. Herr Engert hofft jedenfalls darauf, dass man in dieser Angelegenheit schnell zu einem Ergebnis kommt, da man in der Zeit der Bauphase auch wieder Container für die Mittelschule in Oberhaunstadt benötige. Umso schneller man deshalb mit der neuen Schulanlage vorankomme, umso kürzer sei die Zeit, in der man die Container nutzen müsste. Zumal man für die Container auch einen nicht unerheblichen Anteil an Finanzmitteln aufbringen müsse. Herr Engert sichert zu, dass man den Stadtrat selbstverständlich über die weiteren Entwicklungen in dieser Thematik auf dem Laufenden halten werde.

Es sei laut Stadtrat Dr. Schickel unstrittig, dass man in der Angelegenheit der Mittelschule Nordost zu einer schnellen Lösung finden müsse. Andererseits dürfe man den Nordwesten von Ingolstadt auch nicht zu einer Industriezersiedelungsbrache und somit zu einem abgehängten Stadtviertel verkommen lassen. Vor allem, da man bereits in der vorherigen gemeinsamen Sitzung darüber gesprochen habe, dass die Ersatzspielstätte des Stadttheaters dort wohl nicht unbedingt bestens situiert wäre. Insofern

müsse der Stadtrat auch die Belange der dort ansässigen Stadtbevölkerung berücksichtigen sowie bestehende Vereine und Grünflächen erhalten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass man die weitere Entwicklung des nordwestlichen Stadtgebietes im Blick haben werde. Dies zeige auch bereits der neue Piuspark, der eine echte Bereicherung für den Nordwesten darstelle. Trotzdem ist es Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ein Anliegen, dass in diesem Stadtgebiet auch weiterhin Sportanlagen sowie Bewegungsmöglichkeiten im ausreichenden Maß der Bevölkerung zur Verfügung stehen, auch wenn der FC Grünweiß weggeht.

Herr Engert möchte in Anbetracht dieser Diskussion darauf hinweisen, dass der großzügigste Jugendtreff der Stadt momentan im Nordwesten stehe und man dort auch einen Stadtteiltreff habe. Zusätzlich gebe es dort auch einen stadtweit einzigartigen Kindertreff, der nun an die Christoph-Columbus-Grundschule umziehen werde. Des Weiteren baue man an der Christoph-Columbus-Grundschule auch den kooperativen Ganztag aus. Insofern dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass das nordwestliche Stadtgebiet in irgendeiner Form abgehängt werde. Im Gegenteil, es gebe viele Bemühungen im Nordwesten entsprechende Angebote zu schaffen, erklärt Herr Engert.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **Kenntnisnahme**

### **6 . Schulentwicklung und Auslegungsvarianten Gymnasien und Realschulen (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0751/22**

Antrag:

1. Die Schulentwicklung an den Ingolstädter Gymnasien und Realschulen bis zum Schuljahr 2030/31 (Prognose Stand 07.03.2022 mit vorläufigen Schülerzahlen Schuljahr 2022/23) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Auslegungsvarianten für die Ingolstädter Gymnasien und Realschulen auf Basis der Schulentwicklung in der Region 10 (Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen) werden zur Kenntnis genommen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass sich in der Beschlussvorlage auf der Seite 3 unter dem Punkt „3.1 Gymnasien“, Unterpunkt „Instabile Übertrittsquoten“ ein Fehler eingeschlichen habe. Die dort angegebenen 36 Prozent müsse man auf 40 Prozent korrigieren.

Bei dieser Gelegenheit möchte Herr Engert auch auf einen Fehler in der PowerPoint-Präsentation aufmerksam machen. Auf der Folie 8 „Eintritt 1,5 Klassen von Stadt IN in Gym. Gaimersheim“ handle es sich bei der oberen Tabelle um Daten aus dem Schuljahr 2020/21 und bei den unteren um Zahlen aus dem Schuljahr 2021/22.

Frau Bürkl, Frau Wittmann-Ott und Herr Engert gehen anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Schulentwicklung im Bereich der Gymnasien und Realschulen sowie auf die entsprechenden Auslegungsvarianten ein. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Zum Hintergrund der Prognose führt Herr Engert aus, dass dem Stadtrat bereits im Jahr 2020 eine Gymnasial- und Realschulprognose vorgelegt worden sei. Schon damals habe der Bericht den künftigen Bedarf sowohl im Gymnasial- als auch im Realschulbereich deutlich gemacht. Da es bei den Gymnasien und Realschulen erhebliche Schülerströme in der gesamten Region vor allem nach Ingolstadt gebe und die Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen dabei als überwiegende Zulieferer der Gast Schüler fungieren, handle es sich bei diesem Thema um eine regionale Entwicklung. Aus diesem Grund sei die Verwaltung auch im Jahr 2020 damit beauftragt worden, das Thema der Schulentwicklung in diesen beiden Bereichen gemeinsam mit den umliegenden Landkreisen anzugehen. Dieser regionale Aspekt unterscheide die vorliegende Thematik auch von den Mittelschulen, da diese sprengelgebunden seien und somit dort nur Ingolstädter Schüler lernen. Herr Engert berichtet, dass das Thema der Schulentwicklung bei den Gymnasien und Realschulen in mehreren Gesprächsrunden mit den Landkreisen intensiv diskutiert worden sei. Zudem haben die Landkreise eigene Statistiken in diesen beiden Bereichen aufgebaut, um so valide Prognosen entwickeln und etwas über ihre Schulraumkapazitäten aussagen zu können. Die aus den Landkreisen erhaltenen Daten seien dann auch in die vorliegende Prognose eingeflossen, so Herr Engert. Angesichts der prognostizierten Entwicklung auf 7.273 Schüler in 240 Klassen zum Schuljahr 2030/31 im Gymnasialbereich gehe man derzeit davon aus, dass man hier gemeinsam mit den Landkreisen Eichstätt und

Pfaffenhofen eine Lösung finden werde. Herr Engert betont, dass man bei den Auslegungsvarianten die Schulen in Beilngries außenvorgelassen habe, da diese aus Ingolstädter Sicht zu weit entfernt sei und ein ganz anderes Einzugsgebiet besitzen. Die Stadtverwaltung sehe nun im Gymnasialbereich die in der PowerPoint-Präsentation dargestellten Varianten 3 und 4 als realisierbar an.

Beide dieser Varianten sehen vor, dass man ein neues 3-zügiges Gymnasium entweder im Landkreis Eichstätt oder im Landkreis Pfaffenhofen errichte. Die Varianten unterscheiden sich lediglich in der Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim. Die Variante 3 sehe dabei einen 4-zügigen Ausbau vor, wobei die Variante 4 hingegen einen 5-zügigen Ausbau beinhalte. Nichtsdestotrotz seien beide Varianten denkbar und umsetzbar, so Herr Engert. Die weiteren Diskussionen mit den Landkreisen werden zeigen, welche der beiden Varianten sich durchsetzen könne oder ob vielleicht noch ein ganz anderer Vorschlag aufkomme. Im Realschulbereich prognostiziere man für das Schuljahr 2030/31 eine Entwicklung auf 3.179 Schüler in 125 Klassen, berichtet Herr Engert. Eigentlich sei man mit einer Schülerzahl von 2.458 Schülern in 98 Klassen im Schuljahr 2022/23 schon fast jetzt an der Kapazitätsgrenze angelangt. Im Realschulbereich gestalte sich die Situation anders als bei den Gymnasien, da sich in den Realschulen überwiegend Ingolstädter Stadtschüler befinden und nur ein sehr geringer Anteil aus den umliegenden Landkreisen komme. Aus diesem Grund sei hier die Stadt Ingolstadt selbst gefordert, eine Lösung zu finden. Die Verwaltung schlage einen fünfzügigen Realschulneubau vor, um so noch in der Lage zu sein, wachsende Schülerzahlen auffangen zu können. Herr Engert führt aus, dass man derzeit auch schon auf der Standortsuche für diese neue Realschule sei. Hierbei würde sich auch das ehemalige Rosner-Areal anbieten, da man dort zwischen der geplanten Mittelschule Nordost und der Realschule viele Synergieeffekte hätte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass angesichts der für das Schuljahr 2030/31 prognostizierten Unterversorgung ein gewisser Zeitdruck vorhanden sei. Denn wenn eine neue Schule gebaut werde, habe dies immer einen bestimmten Planungsvorlauf. Zudem nehme natürlich auch die Bauausführung eine gewisse Zeit in Anspruch, sodass ein Schulneubau normalerweise mehrere Jahre dauert. Insofern ist es nach Ansicht von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wichtig, dass man im Gymnasial- und Realschulbereich schnell weiter vorankomme.

Stadtrat Dr. Schickel schildert, dass man schon jetzt eine Unterdeckung im Gymnasial- und Realschulbereich habe. Denn die in der vorgestellten Prognose aufgeführten Ansätze seien zwar technokratisch einfach zu ermitteln, allerdings funktioniere

diese Berechnungsmethode einfach nicht in der Realität. Vor allem da man im Gymnasialbereich verschiedene Zweige anbieten und man die Kinder zum Beispiel nicht einfach auf den humanistischen oder den musischen Zweig schieben könne, wenn diese das nicht möchten. Letztendlich habe man bereits in diesem Jahr die Situation erreicht, in der sowohl das Apian-Gymnasium als auch das Katharinen-Gymnasium aus allen Nähten platzen. Zudem stehe man gerade im Hinblick auf die Anmeldewoche im Mai 2023 vor dem Dilemma, wie man mit diesen steigenden Schülerzahlen umgehen solle. Deshalb erhebt Stadtrat Dr. Schickel den Vorwurf gegen die Stadtverwaltung, dass man im Bereich der Gymnasien und Realschulen viel zu spät in eine konkrete Planung bezüglich der Bewältigung von steigenden Schülerzahlen einsteige. Vor allem, da der Geburtenanstieg schon seit vielen Jahren absehbar gewesen sei. Leidtragende seien wie immer die Kinder, die Lehrer und die Schulen. Denn nach einer Vorgabe durch das bayerische Kultusministerium dürfe man niemanden während des Anmeldevorgangs abweisen. Außerdem müsse man die Klassen bis zu einer Größe von 32 Schülern auffüllen. Aus diesen Gründen ist Stadtrat Dr. Schickel der Ansicht, dass man unverzüglich in eine konkrete Planung einsteigen müsse. So könnte man wenigstens versuchen, die Problematik bereits für die kommenden Schuljahre zu bewältigen.

Herr Engert führt aus, dass es bei der Anmeldung immer wieder zu Verschiebungen komme, bei denen man oft nicht genau aufklären könne, weshalb bestimmte Schulen häufiger nachgefragt werden als andere. Die Problematik dieser Unwucht an Schülerzahlen bei der Anmeldung an einzelnen Schulen werde auch schon länger intern mit den Schulleitern diskutiert. Nichtsdestotrotz habe man bei der letzten Anmeldung eine Situation erlebt, die man so nicht weiterlaufen lassen könne. Das heißt konkret, dass man nicht mit einem deutlich unterversorgten Gymnasium fahren dürfe, während andere Gymnasien eine Überlastung aufweisen. Vor allem, wenn man hier über Gymnasien spreche, die vergleichbare oder sogar die gleichen Zweige anbieten. Trotzdem werden in einzelnen Gymnasien manche Zweige stärker nachgefragt als in anderen. Diese Problematik gelte es künftig entsprechend zu steuern. Herr Engert widerspricht der Aussage von Stadtrat Dr. Schickel, dass man bereits in diesem Schuljahr bei den Gymnasien an der Kapazitätsgrenze angelangt sei.

Die Ingolstädter Gymnasien weisen eine Gesamtkapazität von 6.026 Schülern in 198 Klassen auf. Im aktuellen Schuljahr 2022/23 besuchen derzeit 5.606 Schüler in 173 Klassen ein Gymnasium in Ingolstadt. Insofern besitze man sowohl bei der Schülerzahl als auch bei der Klassenanzahl noch Kapazitäten. Des Weiteren habe man, wie bereits erwähnt, schon im Jahr 2020 auf diese Problematik im Gymnasial- und

Realschulbereich hingewiesen. Damals habe allerdings der klare Wunsch bestanden, hierfür zusammen mit den Landkreisen eine gemeinsame Lösung zu finden. Daraufhin mussten in den Landkreisen teilweise erst Statistiken aufgebaut werden, um entsprechende Schülerzahlen nachweisen zu können. Diese Datenerhebung habe dementsprechend auch eine gewisse Zeit in Anspruch genommen.

Nichtsdestotrotz ist Herr Engert weiterhin der Meinung, dass dieses Problem nur im Einvernehmen mit den Landkreisen zu lösen sei. Vor allem, da man hier über Schülerinnen und Schüler rede, die aus den Landkreisen kommen. Für die Ingolstädter Stadtschüler würden die Kapazitäten an den Schulen noch ausreichen. Das Ziel sei es, zu einer gemeinsamen regionalen Schulentwicklung zu kommen. Diese sei allerdings nicht ganz einfach zu bewerkstelligen, so Herr Engert. Insofern sei es nun wirklich an der Zeit zu handeln und zügig dieses Thema weiter voranzubringen.

Hätte die Stadt Ingolstadt das Rosner-Gelände, so wie es vom Grundstücksbesitzer eigentlich vorgesehen gewesen sei, schon vor Jahren bekommen, könnte man heute schon mit dem Rohbau der Schule fertig sein, erwähnt Stadtrat Schidlmeier. Zudem möchte er in Erfahrung bringen, ob das Rosner-Areal in erster Linie für den neuen Mittelschulstandort vorgesehen sei.

Herr Engert bestätigt, dass das Rosner-Gelände vorrangig für den neuen Mittelschulstandort vorgesehen sei. Sollte dann immer noch Platz auf dem Gelände vorhanden sein, könnte man darüber nachdenken, dort auch die zusätzlich benötigte Realschule unterzubringen.

Stadtrat Dr. Schuhmann möchte aus seiner langjährigen Erfahrung als Abgeordneter für den Landkreis Eichstätt berichten. Damals sei der Landrat von Eichstätt der Ansicht gewesen, dass man sich viel Geld sparen könne, wenn man die Eichstätter Schüler nach Ingolstadt schicke. Es habe eine Zeit gegeben, da seien 56 Prozent der gesamten Schüler an der Ickstatt-Realschule aus dem Landkreis gekommen. Zumal es damals weder den Schulstandort in Gaimersheim noch den in Beilngries gegeben habe. Stadtrat Dr. Schuhmann kann sich noch gut daran erinnern, dass er von einigen Gemeinderäten aus dem Landkreis Eichstätt keinen besonderen Zuspruch erhalten habe, als von ihm der Vorschlag für ein Gymnasium in Beilngries eingebracht worden sei, da die Gemeinden keine höhere Kreisumlage zahlen wollten. Insofern habe sich die Situation im Vergleich zu damals tatsächlich entschieden geändert. Dieser Wandel komme nach Ansicht von Stadtrat Dr. Schuhmann daher, da sich

viele gut bezahlte Facharbeiter vor allem im Landkreis Eichstätt niedergelassen haben. Bezüglich der Aussage von Stadtrat Dr. Schickel hinsichtlich der Kürze der Zeit möchte er daran erinnern, dass die Situation im Gymnasialbereich schon einmal vor etlichen Jahren schwierig gewesen sei. Damals kam auch der Vorschlag auf, sich in dieser Angelegenheit mit dem Landkreis Eichstätt zusammenzusetzen.

Das Resultat aus dieser Zusammenarbeit sei dann der Bau des Gymnasiums in Gaimersheim gewesen. Nun platze allerdings auch das Gymnasium Gaimersheim selbst aus allen Nähten, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Er könne nur darauf hinwirken, dass nicht die Stadt Ingolstadt zügig ins Handeln komme müsse, sondern eher die bisher zögerlichen Landkreise. Stadtrat Dr. Schuhmann betont, dass die Stadt Ingolstadt aus seiner Erfahrung immer alles dafür getan habe, um vorwärts zu planen.

Herr Engert stimmt der letzten Aussage von Stadtrat Dr. Schuhmann zu. Er möchte allerdings noch einmal betonen, dass sich die Landkreise inzwischen sehr kooperativ in dieser Angelegenheit zeigen. Zumal sie sich mit dem Aufbau von Statistiken sehr viel Mühe gemacht haben, um für die gemeinsame Entwicklung valide Zahlen liefern zu können. Insofern habe sich viel geändert im Vergleich zu früheren Gesprächen mit den Landkreisen. Deshalb ist Herr Engert auch zuversichtlich, dass man hier zügig zu einer gemeinsamen Lösung kommen werde.

Stadträtin Leininger möchte in Erfahrung bringen, ob man über bloße Absichtserklärungen hinaus sei und ob es bereits konkrete Planungen bezüglich möglicher Schulstandorte gebe. Denn die in dieser Sitzung vorgestellte Statistik allein bilde nur die Grundlage. Des Weiteren bestehe, wie bereits angesprochen, das Problem bei den Ingolstädter Gymnasien, dass sich die Anmeldezahlen an den einzelnen Häusern sehr stark voneinander unterscheiden. Nun habe Herr Engert im Rahmen dieser Diskussion angedeutet, dass man die Anmeldung künftig in gewisser Weise steuern müsse. Allerdings stünde den Eltern beziehungsweise den Kindern auch die freie Wahl der Schule zu. Deshalb möchte Stadträtin Leininger wissen, wie man angesichts dieser freien Wahlmöglichkeit das Problem der stark variierenden Anmeldezahlen lösen beziehungsweise hier steuernd eingreifen möchte. Denn eine gewisse Steuerung würde natürlich schon innerhalb der Schulen für einen gewissen Ausgleich sorgen und vielleicht sogar das akute Problem etwas beheben.

Herr Engert erklärt, dass man mit der Vorstellung der Statistik nicht erst an dem Punkt ist, an dem man das Überlegen anfangen sollte. Mittlerweile sei man seit 2 Jahren mit

den Landkreisen im Gespräch und habe dabei genaue Überlegungen getroffen, wie man dieses Problem angehen könne. Herr Engert könne und möchte allerdings in der heutigen Ausschusssitzung keine Aussage für den Landkreis Pfaffenhofen treffen. Der Landkreis müsse sich in dieser Angelegenheit erst einmal intern abstimmen und dann für sich selbst eine Aussage treffen.

Bezüglich der zweiten Frage von Stadträtin Leininger führt Herr Engert aus, dass es beim Anmeldeprozess verschiedene Steuerungsverfahren gebe. Zum Beispiel lassen andere Städte die Kinder beim Anmeldeverfahren gleich zwei Ersatzgymnasien angeben und verweisen die Schüler dann an das Ersatzgymnasium, wenn das eigentlich gewünschte Gymnasium voll sei. Herr Engert betont, dass man in Ingolstadt den Anmeldeprozess künftig steuern müsse. Denn es könne nicht sein, dass im Apian-Gymnasium dauerhaft acht Klassen aufgenommen werden. Dies halte die Schule weder baulich aus, noch mache es Sinn, solch ein großes Gymnasium zu betreiben. Deshalb werde man sich in absehbarer Zeit mit der Ministerialbeauftragten der Gymnasien für Oberbayern-West und den Schulen zusammensetzen, um das künftige Vorgehen bei der Anmeldung zu ergründen. Denn dieses Problem müsse man gemeinsam angehen, da die Lenkungsberechtigung für die Schülerinnen und Schüler bei der Ministerialbeauftragten liege.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung nehmen den Bericht über die Schulentwicklung und Auslegungsvarianten Gymnasien und Realschulen zur Kenntnis.

## 7 . **Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen**

### **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.05.2022 Vorlage: V0403/22**

#### Antrag:

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, bei künftigen Ausschreibungen für die Verpflegung an Schulen und Kindertageseinrichtungen die Qualität der Speisen und den Aspekt der Nachhaltigkeit stärker zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Ausschreibung sollen deshalb folgende Punkte stärker gewichtet werden:

- Zertifizierung von Qualität und Lieferanten
- Einsatz lokaler Lieferanten
- Einsatz von Bioprodukten

- Einsatz regionaler Produkte
  - Kurze Lieferketten
2. Im Rahmen der Ausschreibung sollen zukünftig kleinere Lose vergeben werden, damit kleinere und regionale Anbieter eine Chance haben, am Prozess teilzunehmen.
  3. Bei der Betrachtung der Angebote sollen zukünftig alle Kosten mit einbezogen werden, wie beispielweise die Anschaffung von speziellen Geräten für die Zubereitung der „Cook and Freeze“-Produkte oder die Entsorgungskosten.

**Begründung:**

Schulen und Kitas sind neben dem häuslichen Umfeld der zweitwichtigste Lebensraum von Kindern. Daher ist es wichtig, allen Kindern und Jugendlichen eine gesunde und ausgewogene Ernährung in den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen.

Indem wir Kriterien wie Qualität, Regionalität sowie Nachhaltigkeit stärker berücksichtigen, können wir nicht nur den Standard der Verpflegung verbessern, wir werden auch den sog. ökologischen Fußabdruck verkleinern, denn die bisher in den städtischen Kitas angebotenen „Cook-and-Freeze“-Produkte werden über weite Strecken mit dem Lastwagen nach Ingolstadt gebracht. Im Rahmen der bisherigen Ausschreibung wurden eher große Lose vergeben. Kleinere Anbieter, deren Angebote häufig einen hohen Anteil an Produkten aus unserer Region enthalten, hatten kaum eine Chance gegen international agierende Unternehmen, die mit dem „Cook and Freeze“- Angebot nicht nur größere Stückzahlen anbieten, sondern die Ware günstiger produzieren können. Wenn die Stadt bei künftigen Ausschreibungen den Aspekt der Regionalität stärker berücksichtigt, bekommen wir nicht nur mehr Frische und Geschmack, sondern unterstützen gleichzeitig die lokalen Produzenten. Damit leisten wir einerseits einen Beitrag zur mehr Nachhaltigkeit und sichern andererseits Arbeitsplätze vor Ort. Darüber hinaus sind bei den „Cook-and-Freeze“-Mahlzeiten alle Komponenten tiefgefroren. Hier stellt sich die Frage, wie hoch ist der Frischeanteil bei der Verpflegung der Kinder? Ist der Zukauf von frischen Produkten, wie Äpfel, Gurken oder Tomaten für die „Cook-and-Freeze“-Verpflegung enthalten? Daher wünschen wir uns bei zukünftigen Vergaben eine Kostenaufstellung, die all diese Aspekte mitberücksichtigt. Dass eine regionale und kindgerechte Verpflegung sehr gut funktionieren kann, zeigt das Beispiel der Bürgerhilfe Ingolstadt KiTa GmbH. Ihre elf Kindertageseinrichtungen werden täglich mit frisch zubereiteten Gerichten der Kinderküche aus Ingolstadt beliefert. Auch die katholischen Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt setzen bei ihrer Mittagsverpflegung auf Frische und Regionalität. Daher wünschen wir uns auch für die städtischen Kitas und Schulen eine kindgerechte Ernährung, die die drei Faktoren gesunde Ernährung, Ökonomie und Ökologie bestmöglich verbindet.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0736/22.*

**Beratend**

**Beschlussvorlage der Verwaltung**  
**(Referenten: Herr Engert, Herr Kuch)**  
**Vorlage: V0736/22**

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft weiterzuentwickeln. Für die EU-weite Neuausschreibung werden verbindliche, rechtskonforme Qualitäts- und Nachhaltigkeitsmerkmale erarbeitet und die Neuausschreibung mit dem Ziel eines Anbieterwechsels zum September 2023, in die Wege geleitet.
2. Die Planstelle „Qualitätsbeauftragte für die Mittagsverpflegung“ mit einem Umfang 1,0 VZÄ wird im Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung zum Stellenplan 2024 in EG 9c/A10 geschaffen. Einer vorzeitigen Besetzung der Stelle im Laufe des Haushaltsjahres 2023 wird zugestimmt.
3. Die Stellungnahme der Verwaltung zum SPD- Antrag wird zur Kenntnis genommen.

---

*Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0403/22** und der Antrag der Verwaltung **V0736/22** werden gemeinsam behandelt.*

Herr Engert führt aus, dass man über das Thema der Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen bereits vielfältig diskutiert habe. Nun gehe es überwiegend darum, wie man in dieser Angelegenheit weiter vorankommen möchte. Deshalb gelte es vorliegend auch abzuklären, wie eine entsprechende Neuausschreibung der Mittagsverpflegung funktionieren könne. Dabei versuche man, die Ausschreibung für das bereits kommende Schuljahr umzusetzen. Des Weiteren habe die SPD-Stadtratsfraktion in ihrem Antrag vom 11.05.2022 darauf hingewiesen, dass man in kleineren Losen ausschreiben sollte, um so verschiedenen Bietern die Chance einer Angebotsabgabe zu ermöglichen. Dies werde man auch so in der geplanten Neuausschreibung berücksichtigen, soweit es der rechtliche Rahmen zulasse. In diesem Zusammenhang möchte Herr Engert allerdings darauf hinweisen, dass man bereits bei der letzten Ausschreibung 10 Lose ausgeschrieben habe. Somit habe ein Los nicht mehr als fünf Einrichtungen enthalten. Dass dann am Ende der Ausschreibung trotzdem nur zwei Anbieter herausgekommen seien, sei auf die separate Entscheidung in den einzelnen Losen zurückzuführen, erklärt Herr Engert.

Frau Schmid erklärt, dass die Neuausschreibung der Mittagsverpflegung der ausdrückliche Wunsch aus der zu dieser Thematik gebildeten Arbeitsgruppe gewesen sei. Wie in der Beschlussvorlage dargestellt, bemühe man sich bis zum September 2023 einen neuen Anbieter für die Kindertagesstätten und Schulen zu bekommen. Dabei betont Frau Schmid, dass der Wechsel immer nur zum Schuljahresbeginn vorstattengehen könne. Sollte es daher während des Ausschreibungsprozesses zu irgendwelchen unvorhergesehenen Verzögerungen kommen, verschiebe sich der Wechsel dementsprechend um ein weiteres Jahr. Nichtsdestotrotz arbeite die Verwaltung auf Hochtouren an diesem Thema, um so den Zeitplan einzuhalten. Aktuell habe man bereits den externen Verfahrensbegleiter ausgeschrieben und führe dazu auch schon entsprechende Gespräche. Frau Schmid kommt auch auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu sprechen, aus dem der starke Wunsch nach mehr Regionalität, mehr Bioprodukten und der Sicherstellung des Frischkostanteils aus der Region hervorgehe. Hierbei sehe die Verwaltung große Chancen in der Einführung des Mischküchensystems, so Frau Schmid. Dieses System setze sich dabei aus der Cook & Freeze-Komponente sowie einem Anteil an Frischkost wie zum Beispiel Salate oder Nachspeisen, die täglich frisch in den Einrichtungen zubereitet werden, zusammen. Um nun auch auf die genannten Wünsche genauer eingehen zu können, habe man die Stelle für eine Qualitätsbeauftragte im Bereich der Mittagsverpflegung beantragt. Da man zudem an über 50 Standorten mit jeweils unterschiedlich qualifiziertem Personal arbeite, bei denen manche mehr darauf achten, den Frischkostanteil regional einzukaufen und manche weniger, möchte man mit der Stelle der Qualitätsbeauftragten auch einheitliche Standards in diesem Bereich sicherstellen. Insbesondere, da man auch ein entsprechendes pädagogisches Konzept für die Mittagsverpflegung habe. Bei diesem Konzept werde darauf geachtet, dass die Mahlzeiten für die Kinder genussvoll seien und einen gewissen Frischeanteil besitzen. Zudem könne man so auch besser auf die einzelnen Bedürfnisse der Kinder eingehen wie zum Beispiel auf Allergien, Unverträglichkeiten oder ethische Belange. Außerdem möchte man auch den Aspekt des Klimaschutzes stärker in der Mittagsverpflegung einbringen, indem man mehr vegetarische Gerichte anbiete und noch genauer auf Müllvermeidung achte. So gehe man nun in die Neuausschreibung und hoffe, dass der Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung folgen könne.

Herr Engert erwähnt, dass die Einführung des Mischküchensystems ein Vorschlag aus der Arbeitsgruppe gewesen sei. Dabei stelle dieses System auch nach der neuesten Statistik der Qualitätsstandards vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die beste Form der Versorgung hinsichtlich der Qualität dar. Damit man

diese gute Qualität allerdings auch erreiche, benötige man einen entsprechenden Standard im Bereich der Frischkost. Zumal in der Realität an den verschiedenen Einrichtungen Küchenkräfte angestellt seien, die alle eine sehr unterschiedliche Vorstellung davon haben, was für ein Kind gute Qualität bedeute. Nach diesem entsprechenden Verständnis würden das Personal im Moment in völliger Eigenverantwortung einkaufen, ohne dass dies in irgendeiner Form kontrolliert werde, so Herr Engert. Deshalb sei es für die Verwaltung absolut unerlässlich, hier die Stelle eines Qualitätsbeauftragten einzuführen, der für einheitliche Standards sowie Fortbildungen sorgt und auch gewisse Kontrollen in den einzelnen Einrichtungen durchführe. So könne man die Mittagsverpflegung auf ein Niveau bringen, das es ermögliche, dass der Frischkostanteil wirklich das leiste, was man von ihm erwarte und dementsprechend auch eine optimale Ergänzung zum Cook & Freeze-Anteil darstelle.

Stadträtin Volkwein ist der Ansicht, dass man sich beim Thema der Mittagsverpflegung nun auf einen guten Weg begeben. Zudem sei es durchaus erfreulich, wenn es künftig eine Qualitätsbeauftragte oder einen Qualitätsbeauftragten in diesem Bereich gebe. Denn es sei unerlässlich, dass tatsächlich frische Ware besorgt werde und dies nicht alleine von den Küchenkräften abhängig sei. Zudem ist Stadträtin Volkwein der Meinung, dass die Mehrheit des Stadtrates Formfleisch nicht in diese Kategorie hinein zähle.

Stadträtin Hagn informiert, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU die angedachte Planstelle „Qualitätsbeauftragte für die Mittagsverpflegung“ etwas kritisch sehe. Deshalb möchte sie in Erfahrung bringen, ob im Vorfeld die Erstellung eines allgemeingültigen Konzeptes für die Einhaltung entsprechender Qualitätsstandards geprüft worden sei. Solch ein Konzept könnte man gegebenenfalls dann auch extern begleiten, ohne dass man dafür eine neue Stelle schaffen müsse.

Herr Engert erklärt, dass man nach Ansicht der Verwaltung die Stelle durchaus benötige. Denn eine extern beauftragte Firma könne eine kontinuierlich und auf gleichem Niveau laufende Qualitätskontrolle in allen Einrichtungen nicht leisten. Vor allem, wenn man davon ausgehe, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter zwischen 180 und 200 Tagen im Jahr arbeite und man diese Arbeitstage auf die über 50 zu betreuenden Einrichtungen verteile. Bei dieser Rechnung käme man dann auf rund drei Tage, in denen sich die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter um die einzelne Einrichtung im Jahr kümmern könne. In dieser Berechnung seien allerdings nicht die Arbeitstage berücksichtigt, an denen der oder die Qualitätsbeauftragte zusätzlich auch noch

Schulungen für das Personal organisieren oder Veranstaltungen vorbereiten solle. Des Weiteren hat Herr Engert die Erfahrung gemacht, dass man für extern vergebene Leistungen deutlich mehr Geld ausgeben muss, als wenn man die Leistung selbst erledigt. Denn die beauftragten Firmen kalkulieren selbstverständlich gewinnbringend, sodass am Schluss ganz andere Kostenblöcke entstehen. Zwar würden diese Kosten nicht im Personalhaushalt, dafür allerdings in einem anderen Teil des Haushalts auftauchen. Zumal man nach Ansicht von Herrn Engert eine selbst ausgeführte Leistung besser zu steuern sei.

Stadträtin Leininger teilt mit, dass die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die zu schaffende Planstelle begrüße. Vor allem, da diese ein wenig die Idee der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen kompensiere, die Versorgung mit Cook & Freeze-Gerichten über eine eigene städtische Firma abzuwickeln. Man hätte große Vorteile darin gesehen, hier in Ingolstadt eine entsprechende Küche anzusiedeln. Allerdings sei diese Idee nach mehrmaliger Aussage des Rechtsamtes leider nicht umsetzbar. Des Weiteren ist Stadträtin Leininger der Ansicht, dass man den Ort des Einkaufens in gewisser Weise steuern könne. So ergebe sich auf diesem Weg die Möglichkeit, regional sowie ökologisch erzeugte Produkte vorwiegend zu beziehen und somit im Endeffekt die Erzeuger selbst zu stärken. Auch diesen Ansatz begrüße die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, so Stadträtin Leininger. Aufgrund dieses Gesichtspunktes und vieler weiterer positiver Aspekte, wie zum Beispiel die Herstellung eines vergleichbaren Standards in allen Einrichtungen, werde man der Planstelle „Qualitätsbeauftragte für die Mittagsverpflegung“ zustimmen. Insbesondere, da der angesprochene einheitliche Standard noch nicht vorhanden sei, dieser allerdings ausdrücklich gewünscht werde. Insofern gebe es in diesem Bereich viel zu tun, wobei die Möglichkeiten durchaus als positiv zu bewerten seien, so Stadträtin Leininger.

Stadtrat Dr. Schickel erwähnt, dass er persönlich die Planstelle auch für dringend notwendig und wichtig erachte. Da die Argumente für diese Stelle doch einschlägig seien, bittet er deshalb darum, etwas Zeit zu erhalten, um noch einmal Überzeugungsarbeit bei den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion zu leisten, die nicht dem Ausschuss für Kultur und Bildung angehören.

Insofern stellt Stadtrat Dr. Schickel den Antrag, die Thematik für weitere Beratungen noch einmal zurück in die Fraktion zu geben.

Wenn solche hohen Standards bei der Mittagsverpflegung im Kita- und Schulbereich festgelegt werden, ist Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll der Ansicht, dass man diese auch entsprechend in der Elternschaft sowie in der allgemeinen Bevölkerung kommunizieren sollte. Vielleicht wirke dies auch ein Stück weit als Vorbild in Bezug auf die Ernährung in anderen Bevölkerungskreisen.

Der Antrag der Verwaltung wird für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen verwiesen.

### **Beratend**

- 8 . Ankauf des Werks Sägearbeit #7 des Künstlers Jan Schmidt  
gefertigt aus dem Holz der "Museumsbuche"  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0740/22**

#### Antrag:

Dem Ankauf des Werks Sägearbeit #7 des Künstlers Jan Schmidt, gefertigt aus dem Holz der „Museumsbuche“, aus dem Ankaufsetat des Museums für Konkrete Kunst wird zugestimmt.

Herr Engert berichtet, dass das Thema Museumsbuche den Museumsbau seit seinem Beginn begleite. Trotz aller Bemühungen und Anpassungen der Planung sei allerdings die Museumsbuche nicht zu halten gewesen. Insofern findet Herr Engert den Vorschlag des Museums für Konkrete Kunst sehr schön, aus dieser Buche ein Kunstwerk zu machen und so noch einmal das Thema in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

Frau Dr. Rohde schildert, dass ein Stück der Museumsbuche vom Museum für Konkrete Kunst eingelagert worden sei, um so einen Teil dieses Baumes zu bewahren. Nun habe man den Künstler Jan Schmidt gefunden, der aus dem eingelagerten Baum ein Kunstwerk schaffen möchte. Um zu verstehen, wie Jan Schmidt arbeite, könne man die aktuelle Ausstellung „REFLECTIONS“ im Museum für Konkrete Kunst besuchen, da dort eine seiner Arbeiten präsentiert werde. Bei der Museumsbuche werde Jan Schmidt zwei zugeschnittene Stücke des Baumes mit der Säge bearbeiten. Dabei entstehen zum einen die in der Beschlussvorlage dargestellten gefächerten Objekte und zum anderen werde sich auf dem Boden ein höchst ästhetisches Raster aus dem Sägemehl des Holzes ergeben. Sowohl die gefächerten Holzstücke

als auch das zusammengekehrte und zu einem Kegel aufgeschüttete Sägemehl werden anschließend auf entsprechenden Sockeln im Museum präsentiert.

Frau Dr. Rohde erklärt, dass diese Arbeit somit verschiedene Stufen besäße. Einmal als performativen Akt die Erstellung des Kunstwerks, die sich über vier Wochen hinziehen werde. Diese möchte man natürlich auch im Rahmen der Eröffnungsausstellung inszenieren. Das bedeutet, wer in den ersten vier Wochen nach der Eröffnung das Museum für Konkrete Kunst besuche, der könne Jan Schmidt beim Arbeiten zusehen. Neben diesem performativen Akt werde es noch eine fotografische Dokumentation geben, die den Schaffungsprozess festhalten solle. Außerdem werden bei der Arbeit aus dem Holzstück kleine Holzkeile herausfallen, die man dann beispielsweise als Edition zum Kauf anbieten könne. So habe man die Chance, auch der Bevölkerung ein Stück an der Museumsbuche zurückzugeben. Frau Dr. Rohde ist der Ansicht, dass diese Arbeit sehr gut zur Geschichte der Museumsbuche, aber auch zur Ästhetik des Museums für Konkrete Kunst passe.

Der Verlust der Museumsbuche gerade in diesem stark von Baukörpern dominierten Bereich sei schmerzlich gewesen, erwähnt Stadtrat Schidlmeier. Deshalb geht er davon aus, dass man dort wieder einen entsprechenden Baum anpflanzen werde. Des Weiteren sei in der heutigen Sitzung die Idee aus dem Gremium gekommen, mit einem weiteren Kunstwerk den Museumsvorplatz aufzuwerten. Zwar wisse er nicht, wie viel man von der Museumsbuche eingelagert habe, aber vielleicht könnte man für dieses Kunstwerk den noch vorhandenen Rest der Museumsbuche verwenden, so Stadtrat Schidlmeier.

Frau Dr. Rohde erklärt, dass für den Außenbereich eine Grünfläche mit drei Bäumen vorgesehen sei, die eine Sichtachse auf den Eingangsbereich entstehen lasse. Parallel dazu arbeite das Museum für Konkrete Kunst mit dem Freundeskreis des Museums aktuell zusammen, um ein Kunstwerk für den Außenbereich auszuwählen. Hierzu könne Frau Dr. Rohde allerdings noch nichts Näheres mitteilen, da man sich aktuell in der Findungsphase befinde. Insofern sei es schon geplant, auch Kunst in den Außenbereich zu bringen. Bezüglich der Anregung von Stadtrat Schidlmeier erklärt Frau Dr. Rohde, dass der Rest der Museumsbuche leider nicht mehr für ein weiteres Kunstwerk mit derselben Gewichtung wie das Werk „Sägearbeit #7“ ausreiche. Natürlich werde man den Rest der Museumsbuche trotzdem nicht wegwerfen, sondern weiterhin aufbewahren.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll regt an, dass man aus dem Holz eventuell auch ein Mobiliar oder etwas Vergleichbares herstellen könnte, wenn es für ein weiteres Kunstwerk nicht mehr ausreicht.

Frau Dr. Rohde schildert, dass man sich genau darüber auch Gedanken gemacht habe, ob man nicht aus dem Holz der Buche Möbelstücke für den Neubau des Museums anfertigen lassen könnte. Da die Museumsbuche allerdings von einem Pilz befallen gewesen sei, besitze das Holz dementsprechend auch keine gute Qualität.

Stadträtin Krumwiede findet ebenfalls den Vorschlag schön, aus der Museumsbuche etwas Bleibendes für die Ingolstädterinnen und Ingolstädter zu machen. Allerdings habe sie das vorliegende Konzept nicht so recht überzeugen können, da es ein wenig elitär herüberkomme. Stadträtin Krumwiede hätte sich gewünscht, dass etwas anderes aus der Museumsbuche entstehe, das auch im Außenbereich aufgestellt werden und die Bürgerinnen und Bürger etwas mehr mitnehmen könnte. Dabei helfe es auch nicht, dass das Kunstwerk in einem performativen Akt entstehe. Allerdings sei es natürlich etwas anderes, wenn die Substanz des Holzes schlecht sei, sodass man daraus zum Beispiel keine Skulptur oder Möbel mehr fertigen könne. Stadträtin Krumwiede möchte diese Aspekte trotzdem zu bedenken geben, da es sich bei rund 30.000 Euro um eine Menge an Geld handle. Des Weiteren möchte sie in Erfahrung bringen, wie der Findungsprozess für den Künstler ausgesehen habe. Hier hätte sich Stadträtin Krumwiede eine bessere Einbeziehung von regionalen Künstlerinnen und Künstlern in die Ideenfindung sowie eine generelle Ausschreibung zu diesem Kunstwerk gewünscht.

Frau Dr. Rohde möchte zunächst auf die Kosten für den Ankauf eingehen, da sich diese aus verschiedenen Bereichen zusammensetzen. Zum einen gebe es natürlich den Ankaufswert des Werkes, der sich auf rund 20.000 Euro belaufe. Daneben fallen allerdings auch noch Produktionskosten an, da der Künstler vier Wochen lang acht Stunden pro Tag das Kunstwerk vor Ort im Museumsneubau erstellt. Insofern umfassen die rund 30.000 Euro nicht nur die Kosten für den Ankauf des Kunstwerkes. Des Weiteren gebe es immer andere Künstler, die man hätte auswählen können. In diesem Fall habe man sich aber für eine Kunst entschieden, die sehr gut zum Museum für Konkrete Kunst und dessen Aussage passe. Die Aussage dabei laute, wie wenig möglich sei, um immer noch eine Aussage treffen zu können. Dies komme auf den

Bildern in der Beschlussvorlage nicht so eindrücklich herüber, wie es dann im Nachhinein in der Realität besonders in dieser Halle sein werde, mit diesen Minimalen zu arbeiten. Beim Findungsprozess habe man sich verschiedene Künstler aus dem Bereich der Konkreten Kunst angesehen und sich dann für die überzeugendste Variante entschieden, erläutert Frau Dr. Rohde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass sich über Kunst trefflich diskutieren lasse. Dementsprechend könne ein Kunstwerk auch nicht immer jeden zu hundert Prozent begeistern. Aber vielleicht lebe die Kunst ja auch von genau dieser Spannung und dieser Kontroverse.

Gegen zwei Stimmen (Stadträtin Krumwiede und Stadtrat Lipp):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet -**